



Mit europäischem Mut in die nächste Bundesregierung!

Politischer Bericht der Präsidentin Dr. Linn Selle auf der EBD Mitgliederversammlung 2021

EU-in-BRIEF | Ausgabe 02-2021

Deutsche Europapolitik nach der Bundestagswahl 2021: In ihrem Politischen Bericht auf der Mitgliederversammlung der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. (EBD) rief Präsidentin Dr. Linn Selle die Delegierten der 256 Mitgliedsorganisationen dazu auf, in den laufenden Sondierungsgesprächen und Koalitionsverhandlungen für eine reformierte, modernisierte deutsche Europapolitik mit einer guten Dosis European Mut einzutreten. Selles Appell: Es braucht eine Neugestaltung der deutschen Europapolitik, die sich durch Kohärenz, Sichtbarkeit und eine klare politische Verantwortung auszeichnet. EU-in-BRIEF dokumentiert die Rede der EBD-Präsidentin. Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter unserer Mitgliedsorganisationen, liebe Freundinnen und Freunde der Europäischen Bewegung Deutschland,

spannend, offen - aber leider auch ganz schön national-provinziell war der zurückliegende Wahlkampf zur Bundestagswahl.

Deutschland hatte in der öffentlichen Debatte die Scheuklappen auf und so sahen wir drei Fernseh-Trielle zur besten Sendezeit, die Deutschlands Weg im Klimawandel und der digitalen Zukunft thematisierten, als könnte das politische Berlin diese Herausforderungen im nationalen Alleingang meistern.

Dabei hat uns doch die Covid-19-Pandemie dramatisch vor Augen geführt, dass wir in

einem globalisierten Netz zusammenwirken. Ein Netz, wo Deutschland – ja ganz Europa - schnell in Abhängigkeit von lebensnotwendigen Gütern und zentralen Rohstoffen geraten kann. Die aktuelle Knappheit an Mikrochips, aber auch die Lieferengpässe bei deutschen Unternehmen im letzten Jahr aufgrund unkoordinierter Grenzsicherungen sind uns die besten Beispiele für die tief verflochtene Abhängigkeit.

Wichtig war es uns daher, als Europäische Bewegung Deutschland mit den Jungen Europäische Föderalisten und der Europa-Union Deutschland in einem gemeinsamen Brief an die Medien auf die Provinzialität des deutschen Wahlkampfes hinzuweisen.

Europapolitik ist kein Thema, das wir nur alle fünf Jahre zu den Europawahlen aus dem Hut

zaubern. Nein, Europapolitik ist ein Instrument - ja ein wichtiger Reflex - der in nahezu allen Politikfeldern jederzeit mitgedacht werden muss.

Diesen Reflex für europäische Perspektiven im Bundestagswahlkampf hätte ich mir sowohl von den Medien als auch von den Parteien in der öffentlichen Debatte gewünscht.

Die proeuropäischen Parteien - unsere Mitgliedsparteien - waren gut vorbereitet und hatten ausführliche europapolitische Positionen in ihren Wahlprogrammen geschrieben. Ihre Gemeinsamkeiten in der Stärkung des Parlamentarismus in Europa wie auch ihre Differenzen in der zukünftigen Ausrichtung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wären eine Debatte im Wahlkampf wert gewesen.

Gemischte Bilanz deutscher Europapolitik in vergangener Legislatur

Das vergangene Jahr der deutschen Ratspräsidentschaft hat uns gezeigt, wie entscheidend Deutschland als Impulsgeber und geschickter Verhandler auf EU-Ebene ist.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass es dem Verhandlungsgeschick der deutschen Europapolitik in Brüssel zu verdanken ist, dass sich die EU unter immensen Zeitdruck auf das Wiederaufbauinstrument NextGenerationEU einigen konnte.

Klug wurde das Corona-Hilfspaket in den Mehrjährigen Finanzrahmen integriert und zusätzlich konnte die EU ihre Haushaltsmittel an eine Rechtsstaats-Konditionalität knüpfen.

NextGenerationEU hat mit seinem Finanzausschuss von 750 Milliarden Euro

Vertrauen in die Stabilität der EU geschaffen und gleichzeitig die Tür für neue EU-Eigenmittel weit geöffnet, die Finanzminister und SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz auf unserer letzten Mitgliederversammlung "als nächsten logischen Schritt" bezeichnete.

So beachtlich die Errungenschaften sind, so sichtbar ist aber auch das Nicht-Erreichte:

Erstens hatte sich die deutsche EU-Ratspräsidentschaft für ambitionierte Reformen in der europäischen Migrations- und Asylpolitik eingesetzt. Auf Basis eines neuen Kommissionsvorschlages sollte nach jahrelangem Stillstand ein Neuanfang gelingen.

Doch ein Jahr später müssen wir feststellen, dass die Migrationspolitik und die Frage, wie wir europäische Solidarität in der Verteilung Schutzsuchender organisieren, festgefahren bleibt.

Im Ergebnis macht sich die EU nicht nur unglaublich in der Verteidigung ihrer gemeinsamen Werte, sondern auch geopolitisch erpressbar. Die Grenzübertritte, die aktuell an den EU-Grenzen zu Belarus auf Betreiben Lukaschenkos in die Höhe schnellen, sind hier ein gutes Beispiel.

Zweitens schaue ich mit Enttäuschung auf die fehlende Ambition der Bundesregierung in der Gestaltung einer handlungsfesten und vor allem demokratischen EU. Die Bundesregierung hat sich bei der zentralen Debatte - zur Konferenz zur Zukunft Europas - einen schlanken Fuß gemacht.

Von einer Bundesregierung, die ihren Koalitionsvertrag 2018 medienwirksam "[e]in neuer Aufbruch für Europa" betitelte, hätte ich mehr Mut für europäischen Reformwillen und mehr Elan zu einer sichtbaren Bewerbung der Zukunftskonferenz erwartet.

Neuer Koalitionsvertrag braucht klare europäische Agenda!

„Die Geschichte Europas ist offen“, mit diesen Worten zitierte Dr. Wolfgang Schäuble im Mai bei einer gemeinsamen Veranstaltung der EBD und des Auswärtigen Amtes den Historiker Dan Diner.

Der Bundestagspräsident erinnerte in seiner Festrede zu 70 Jahren Deutschland im Europarat an die wechselvolle Vergangenheit des Kontinents. Er betonte zugleich das Zeichen der Versöhnung, das die europäischen Nachbarstaaten 1951 durch die Aufnahme der Bundesrepublik in den Straßburger Europarat nur wenige Jahre nach den deutschen Weltkriegsgräueln setzten.

Es war die erste sichtbare Wegmarke, die Deutschlands Rückkehr in die Gemeinschaft freiheitlich-demokratischer Staaten ebnete. Auf deren Basis konnte in den Folgejahren die EU und ihre Vorgängerorganisationen wachsen.

Ich erwarte von der neuen Bundesregierung, dass sie diese „offene Geschichte“ proaktiv gestaltet. Sie muss sich den großen Zukunftsfragen in Europa widmen.

Der neue Koalitionsvertrag braucht daher eine klare europäische Agenda - einen deutschen Europaplan! Deutsche Europapolitik muss als europäischer Reflex und als Querschnittsthema in allen Politikbereichen mitgedacht werden. „Europa“ darf nicht wieder nur die „Präambel“ des Koalitionsvertrages bilden.

Drei Bausteine sind für mich an dieser Stelle essenziell:

- **Erstens gehört dazu ein engagierter deutscher Beitrag wie die EU nach außen als auch nach innen ihre Werte verteidigen möchte:**
 - Dieser Anspruch muss nach innen gelten, indem wir die Pressefreiheit, Unabhängigkeit der Gerichte und Minderheitenschutz in allen Mitgliedsstaaten der EU offen einfordern - und wenn nötig robust verteidigen.
 - Daher muss die Errungenschaft der deutschen Ratspräsidentschaft – die Rechtsstaatskonditionalität – so schnell wie möglich und auch rückwirkend Anwendung finden.
 - Der Einsatz für die europäischen Werte muss aber gleichfalls nach außen gelten, indem die deutsche Bundesregierung sich als Mediatorin für den Belarus-Konflikt einsetzt und endlich ihr Versprechen aus der deutschen Ratspräsidentschaft zur Erneuerung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems umsetzt.
 - Als Verbände und Vereine im EBD-Netzwerk sollten wir in dieser Frage gemeinsam Druck aufbauen.

Daher empfiehlt der EBD-Vorstand ihnen heute, die europäische Migrations- und Asylpolitik als siebte EBD-Priorität festzulegen.

- **Zweitens sollte die neue Bundesregierung sich mutig für ein demokratisches und zukunftsfestes Europa einsetzen.** Sie sollte die Abwesenheit Deutschlands in der Konferenz zur Zukunft Europas beenden und eine gemeinsame Regierungsposition entwickeln.

Diese muss mit allen anderen Stellungnahmen der Mitgliedstaaten zur Zukunftskonferenz im Rat offengelegt werden.

- **Drittens kann die Neuaufstellung der deutschen Europapolitik nur gelingen, wenn wir nicht nur die Inhalte der deutschen Europapolitik schärfen, sondern auch ihre Strukturen neu denken.**
- Seit vielen Jahren bleibt die Europakoordinierung der Bundesregierung in ihrer Arbeitsteilung zwischen klassischer Außenpolitik im Auswärtigen Amt und Binnenmarktpolitik im Wirtschaftsministerium unangetastet.
- Dabei führt diese Zweiteilung häufig zu Abstimmungsproblemen und passt nicht mehr zu einer EU, die spätestens seit dem Vertrag von Lissabon und dem Europäischen Grünen Deal themenübergreifend arbeitet.

In der EBD werben wir daher für eine Neugestaltung der deutschen Europapolitik, die sich durch Kohärenz, Sichtbarkeit und eine klare politische Verantwortung auszeichnet.

Deutsche Europapolitik muss in der neuen Bundesregierung sichtbar in der Öffentlichkeit vertreten sein - durch eine Bundesministerin oder einen Bundesminister für besondere Aufgaben (Europa).

Diese politisch verantwortliche Persönlichkeit kann über eine zentrale Koordinierungseinheit Fachexpertise aus den Bundesministerien bündeln und strategische, zukunfts-gewandte Impulse für EU-Reformen und europäische Politikgestaltung setzen.

Denn wie Sie alle wissen: Ein politischer Aufbruch wird nur dann erfolgreich sein, wenn auch die Strukturen stimmen.

Ich freue mich, dass viele proeuropäische Parteien diese Ideen in ihre Wahlprogramme aufgenommen haben und hoffe nun auf Mut für strukturelle Veränderungen im Rahmen der anstehenden Sondierungen und Koalitionsverhandlungen.

Klarer Kompass für europäische Zukunftsfragen gefragt

Ich wünsche mir spannende, offene, aber bitte nicht provinzielle Koalitionsverhandlungen. Lassen Sie uns daher in den folgenden Wochen zusammenarbeiten, dass die nächste Bundesregierung den Aufbruch für Europa nicht wieder nur als schmückendes Beiwerk an den Anfang des Koalitionsvertrages stellt, sondern strategische Impulse und einen klaren Kompass für die drängenden europäischen Zukunftsentscheidungen beinhaltet.

Werben Sie mit uns im Netzwerk für einen deutschen Europaplan im Koalitionsvertrag, der sich durch eine gute Dosis European Mut auszeichnet!

Ich weiß, dass Sie als unsere Mitgliedsorganisationen die europäische Idee mit Erfolg in Ihre Strukturen tragen und dadurch Menschen zu einer Auseinandersetzung mit Europa bewegen.

So arbeiten wir gemeinsam an Deutschlands Zukunftsfähigkeit – und die beginnt in den nächsten Wochen mit einer modernen deutschen Europapolitik.

Vielen Dank.



Über die Autorin

Dr. Linn Selle ist seit 2018 Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. (EBD). Sie wurde 1986 im westfälischen Havixbeck geboren. Nach ihrem Studium der Politikwissenschaften in Bonn und Paris absolvierte sie einen Master in European Studies an der Viadrina-Universität Frankfurt/Oder, wo sie 2017 ihre Promotion zur parlamentarischen Haushaltshoheit beim EU-Haushalt beendete. Seit 2014 ist sie Mitglied im Vorstand der EBD und wurde im selben Jahr mit dem „Preis Frau Europas“ ausgezeichnet. Hauptberuflich ist sie in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund tätig.

Kontakt: info@netzwerk-ebd.de

Beim Zitieren dieses Artikels verweisen Sie bitte auf: http://www.netzwerk-ebd.de/fileadmin/files_ebd/eu-in-brief/EBD_PUB_EU-in-BRIEF_2_2021.pdf

Impressum

EU-in-BRIEF | Analysen – Positionen – Vorausschau ist ein kostenloses Informationsangebot im PDF-Format des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland.

ISSN-Nummer: 2191-8252

Zitier-Hinweise: Bisher wurden keine verbindlichen Regeln zur Zitierweise digitaler Publikationen geschaffen. Daher bitten wir, folgende Angaben zu übernehmen, wenn Sie einen unserer Texte zitieren möchten: Autoren des Textes, Titel des Textes, Internetadresse wie angegeben. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

© **Europäische Bewegung Deutschland e.V.**

Sophienstr. 28/29 | D-10178 Berlin

T +49 30 3036201-10 | F -19

info@netzwerk-ebd.de

Herausgeber: Bernd Hüttemann (V.i.S.d.P.)

Mehr Wissen!

Auf der Website der EBD erfahren Sie alles Wesentliche über unsere Organisation und können kostenfrei auf eine Vielzahl von Informationen zu Europa zugreifen: <http://www.netzwerk-ebd.de>

Die Europäische Bewegung Deutschland e.V., gegründet 1949, ist das größte zivilgesellschaftliche Netzwerk in Deutschland und institutioneller Partner des Auswärtigen Amtes.